

Annemarie Heibroock von der Evangelischen Wochenzeitung „Unsere Kirche“ im Gespräch mit Klaus Breyer, Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft

Nach langem und heftigem Ringen haben sich die Teilnehmer der Weltklimakonferenz in Durban schließlich doch noch geeinigt. Der Bundesumweltminister spricht gar von einem „Quantensprung“ für den Klimaschutz. Sind Sie auch so euphorisch?

Absolut nicht!. Aber es hätte schlimmer kommen können. Vor Durban war es nicht unwahrscheinlich, dass das einzig völkerrechtlich verbindliche Klimaabkommen – das Kyoto Protokoll – ohne eine zweite Verpflichtungsperiode auslaufen würde. Es hätte dann überhaupt keine rechtliche Basis auf UN-Ebene mehr gegeben, Maßnahmen zur Erreichung von Klimaschutzziele zu vereinbaren und zu kontrollieren.

Es wird nun eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls geben. Aber ohne USA, Japan, Kanada und Russland – und auch weiterhin ohne die großen Schwellenländer wie China, Brasilien, Indien. Damit wird nur ein Bruchteil der Hauptemittenten von CO₂ erfasst. 85 %! der globalen Klimagasemissionen bleiben ungergelt.

Immerhin, und das ist wirklich kein Quantensprung, aber ein Schritt in die richtige Richtung soll es ab 2015 ein alle Staaten umfassendes Klimaschutzabkommen geben, das dann 2020 in Kraft treten soll. Unklar ist jedoch welche Rechtsverbindlichkeit dieses Abkommen haben wird.

Was mich allerdings sehr freut ist, das der „Green Climate Fund“, der Maßnahmen für Klima- und Waldschutz, Katastrophenprävention und Klimaanpassung in Entwicklungsländern finanziert, in Durban weiter mit Leben gefüllt werden konnte. Mehr denn je brauchen besonders die ärmsten Entwicklungsländer die Unterstützung der Starken, denn schon heute sind dort die Folgen des Klimawandels katastrophal. Aber auch hier gilt, die

Unterstützung bei der Anpassung an den nicht mehr aufzuhaltenen Klimawandel ist nur die ein Seite, gleichzeitig muss auch der Klimawandel selbst mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln jetzt und nicht irgendwann begrenzt werden. Mit der in Durban beschlossenen Roadmap wird das kaum möglich sein und auch das sog. 2 Grad – Ziel kaum mehr zu erreichen sein.

Weitere Verhandlungen zur CO₂-Reduzierung, das sieht der als „Durban Plattform“ bezeichnete Kompromiss vor, sollen bis 2015 folgen, um erst 2020 rechtsverbindlich für alle Staaten in Kraft zu treten. Wird da nicht viel zu viel Zeit verschenkt?

Es ist bedrückend, dass angesichts der Dynamik des Klimawandels, noch so viel Zeit verstreichen wird, bis weltweit verbindliche Reduktionsmaßnahmen greifen werden. Der Klimawandel wird keine Pause einlegen, bis man sich geeinigt hat. Es gehört wenig Fantasie dazu sich auszumalen, dass wir bis 2020 dramatisch steigende Treibhausgasemissionen – wie schon in den letzten Jahren - erleben werden. Der Klimawandel wird keine Rücksicht nehmen auf nationalstaatliche Egoismen und kurzsichtiges wirtschaftliches Profitstreben,

die ein konsequenteres Handeln in Durban unmöglich gemacht haben. Das ist besonders dramatisch für die armen Länder, die bereits heute unter den Klimawandel leiden.

Aufgrund der schwierigen und langwierigen Verhandlungswege hat ein Greenpeace-Vertreter in Durban gefordert, diese Art der „Klima-Diplomatie“ grundsätzlich zu überdenken. Aber es gibt doch keine Alternative zu Verhandlungen - oder?

Ich denke wir müssen uns hüten hier in „Entweder“-„Oder“ Kategorien zu denken. Die UN-Klima-Diplomatie bleibt wichtig, aber daneben ist an multilateralen Abkommen und neuen Allianzen von Ländern so manches möglich und auch notwendig. Es wäre fatal mit dem Klimaschutz, so lange zu warten, bis ein umfassendes UN-Klimaabkommen endlich von allen Ländern ratifiziert ist.

Der UN-Prozess ist deshalb so schwierig, weil politisch schwache auf starke, einflussreiche Staaten, die Hauptemittenten der Klimagase auf die Opfer des Klimawandels treffen, die Vertreter lösungsorientierter, langfristiger Klimaschutzkonzepte auf Vertreter der fossilen Wirtschaftsweise treffen.

Blockaden so wie wir sie seit 17 Konferenzen erleben sind hier vorgezeichnet. Und dennoch ist der Abschluss eines völkerrechtlich verbindlichen internationalen Klimaabkommens wichtig, weil es das Ende der weltweiten Beliebigkeit im Handeln oder Nicht-Handeln für Klimaschutz darstellt, weil nur darüber ein verbindlicher Rahmen für eine zukunftsfähige Entwicklung aller Staaten beschrieben, weil darüber die gegenseitige Unterstützung der Staaten z. B. durch Technologietransfer vereinbart und die Einhaltung der gemeinsamen Ziele überprüft werden kann.

Das bedeutet jedoch nicht, dass wir als Kirchen das bisherige Schnecken tempo gut heißen und uns damit auch in Zukunft abfinden werden.

Deshalb ist es uns wichtig immer wieder zu betonen, worum es im Kern beim Klimaschutz geht. Es geht um faire Entwicklungschancen für die Menschen des Südens und nachfolgender Generationen.

Es geht um Klimagerechtigkeit. Die Klimakrise ist eine strukturelle Ungerechtigkeit, sie nichts anderes als ein gigantischer Angriff auf Menschenrechte, Menschenwürde und eine gerechte Weltgemeinschaft. Das Elend, das die ökologische Krise bereits jetzt verursacht, ist eine Folge der Herrschaft von Menschen über Menschen.

Einer Herrschaft von wirtschaftlich und politisch Starken über Schwache. Zu den Starken gehören nicht nur die Industrieländer, wie die USA, die sich vollkommen vom Klimaschutz verabschiedet haben, sondern auch Schwellenländer wie China. Es sind Länder die überall auf der Welt Zugriff auf die Ressourcen haben, und die die Atmosphäre als Deponie benutzen. Eine entgrenzte, an kurzfristigen Profiten orientierte Wirtschaftsweise, kollidiert hier mit einer am Wohl aller Menschen und der Sicherung der Lebensgrundlagen bedachten nachhaltigen Entwicklung.

Überall auf der Welt treten daher die Kirchen für Klimagerechtigkeit ein, wie jetzt auch die Kirchen in Durban. Die Parteinahme, das Engagement für die Menschenwürde von Armen, Schwachen und Benachteiligten, das heißt für eine nachhaltige, zukunftsfähige

Entwicklung gehören zum Wesenskern unseres Glaubens. Deshalb setzen wir uns auch in Deutschland dafür ein, dass kurzfristige Egoismen überwunden werden und treten auch in Deutschland für eine klimafreundliche und risikoarme Energie- und Klimapolitik ein. Wir werden an diesem Engagement festhalten und dies auch weiter verstärken.

Neue Koalitionen für den Klimaschutz sind notwendig!

In Durban gab es neben der schwerfälligen UN-Klimadiplomatie jedoch noch ein Bündnis, das eine neue Dynamik in den internationalen Klimaschutzprozess bringen könnte. Die EU und etwa 100 Entwicklungsländer haben durch ihr hartes Drängen auf verbindliche Klimaschutzziele nicht nur die großen Bremserstaaten USA, Kanada und China erheblich unter Druck gesetzt, sondern auch verhindern können, dass die Konferenz vollkommen ergebnislos blieb.

Viel wird nun davon abhängen, dass diese Koalition für den Klimaschutz zusammenbleibt und den Druck auf die internationale Staatengemeinschaft durch eigenes Voranschreiten im Klimaschutz weiter erhöht.

Eine „ehrliche“ Vorreiterrolle Europas und bes. Deutschlands im Klimaschutz ist nun weltweit von größter Bedeutung. Sie signalisiert: Europa ist als hochentwickelte Region bereit und in der Lage den fossilen Pfad zu verlassen, seinen Beitrag zur „Klimagerechtigkeit“ zu leisten und neue zukunftsfähige Entwicklungswege einzuschlagen. Ein erfolgreicher Umbau der Energieversorgung in Deutschland, den wir als Kirche nach Kräften unterstützen, ist also auch ein wichtiger Impuls für den internationalen Klimaschutz.

Denn schon jetzt zeigt sich die Vorbildwirkung für andere Industrieländer und Schwellenländer.

Schon jetzt zeigt sich, dass die Abkehr vom fossilen Entwicklungspfad

- ein Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur regionalen Wertschöpfung bedeutet
- technologische Impulse und zukunftsfähige Arbeitsplätze im Bereiche der green economy schafft
- ein großes Exportpotenzial beinhaltet, weil neben dem Klimawandel der peak oil oder auch der peak everything für alle Länder näher rückt.

In Zeiten der europäischen Finanzkrise ist auch in der deutschen Bevölkerung das Interesse an Klimafragen nicht besonders ausgeprägt. Was kann denn getan werden, damit jeder einzelne mehr als bisher seinen Beitrag leistet zur Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes?

Wichtig aber nicht ausreichend ist, dass dafür in Deutschland auch der politische Rahmen stimmt, d.h. der Ausstieg aus der Atomenergie muss mit einem konsequenten Einstieg in eine klimaschonende Energieversorgung verknüpft werden. Als EKvW setzen wir uns daher für ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz in NRW und auf der Bundesebene ein.

Dann ist mir wichtig, dass auch unsere Kirche sich ihrer Vorbildwirkung bewusst ist.

In diesem Zusammenhang haben wir schon seit mehreren Jahren viele Projekte gestartet.

Dabei ist der Energieverbrauch und das Einkaufsverhalten der Kirche selbst im Fokus, verbunden ist damit immer auch die Frage, wie lebe ich selbst. Ich erinnere hier an den

„Grünen Hahn, die Klimafreundliche Landessynode, die Initiative „Zukunft einkaufen“ und auch die Klima-Jugendkampagne „powered by heaven“.

„Besser“, „anders“, „weniger“, das sind die Attribute eines zukunftsfähigen Lebensstils, den wir nicht als Verzicht, Verlust oder als ein „Zurück in Steinzeit“ abtun sollten. Stattdessen gibt es viel von dem wieder zu entdecken, das die Hetze nach dem „Schneller“, „Höher“, „Weiter“ heilsam unterbricht. Die spirituellen und ethischen Wurzeln unseres Glaubens weisen uns schon immer in diese Richtung: Achtsam miteinander und mit der Natur umzugehen. Nicht das letzte herauszuholen und die Verantwortung zu leben, in die Gott uns gestellt hat: diese Erde zu bebauen und zu bewahren.